

Alsfelds Stadtverordnete diskutieren über Stickoxidmessungen

https://www.oberhessische-zeitung.de/lokales/alsfeld/alsfelds-stadtverordnete-diskutieren-uber-stickoxidmessungen_18707037

am 25.04.2018

Der Alsfelder Bauausschuss spricht sich für offizielle Stickoxidmessungen in der Stadt aus. Im Kern waren sich die Mitglieder einig, aber der Weg zum gemeinsamen Antrag war zäh.



Der Schwerlastverkehr in Alsfeld und die damit verbundenen Stickoxide beschäftigen weiter die Kommunalpolitik. Foto: Dickel

ALSFELD - Einigkeit in der Sache auf der einen Seite, aber intensive Diskussionen um Detailfragen auf der anderen Seite. Intensiv tauschten sich die Mitglieder von Haupt- und Finanzausschuss sowie vom Ausschuss für Bauen, Umwelt und Stadtentwicklung am Dienstagabend aus, fanden dann aber zumeist zu einstimmigen Beschlussempfehlungen.

Am zähesten fiel im Bauausschuss das Ringen um das Thema Stickoxid-Belastung aus. Per Antrag wollte die SPD-Fraktion den Magistrat auffordern, das Hessische Landesamt für Naturschutz Umwelt und Geologie (HLNUG) mit der umgehenden Messung von Stickoxiden und Feinstaubbelastung entlang der Hauptverkehrswege zu beauftragen und das Ergebnis den Bürgern zu präsentieren. Die ALA indes unterbreitete das Ansinnen, Experten aus Umweltministerium, Verkehrsministerium sowie aus Umwelt- und

Verkehrsverbänden zu einer Ausschusssitzung einzuladen, um über geeignete Maßnahmen zur Minderung der Belastungen zu informieren und darüber zu beraten. Mit einem Alternativantrag meldeten sich zu Beginn der Debatte schließlich auch CDU und UWA zu Wort. Die Koalition wollte festgeschrieben wissen, dass durch die Messung der Stadt Alsfeld keine Kosten entstehen und die Ergebnisse im Generalverkehrsplan berücksichtigt werden.

Zu diesem Thema entspann sich dann ein Disput zwischen der SPD und Alexander Heinz. Der CDU-Fraktionsvorsitzende warf den Sozialdemokraten Scheinheiligkeit vor. Jetzt beantragten sie die offizielle Messung, hätten aber im Dezember noch gegen den Generalverkehrsplan gestimmt. Carsten Weitzel verwahrte sich namens der SPD gegen den Vorwurf. Er selbst sei während jener Sitzung krank gewesen, die Genossen hätten aber richtig votiert, denn: "Das Geld für den Generalverkehrsplan schmeißen wir zum Fenster raus. Die Daten werden am Ende alle nicht mehr stimmen, weil sich die Verkehrsströme ändern werden", sagte Weitzel unter anderem mit Blick auf den geplanten Bau der A 49.

"Man muss sich im Klaren darüber sein, dass bei einer Messung ein Ergebnis rauskommt, das einem hinterher nicht gefällt. Wollen Sie etwa ein Dieselfahrverbot", entgegnete Heinz. Er verwies darauf, dass die Deutsche Umwelthilfe, die die vierwöchige Messaktion bundesweit initiiert hatte, vom einzigen Autohersteller gesponsert werde, der komplett aus der Dieseltechnologie aussteige. "Grenzwerte sind dazu da, dass man sie einhält. Ich will nicht die Augen verschließen. Wenn ein Verdacht besteht, muss ich handeln", erwiderte SPD-Fraktionschef Dr. Christoph Stüber.

Michale Riese (ALA) sah die Messung wie alle anderen auch als notwendig an. "Ein Amtsleiter im Umweltministerium wird sich vielleicht von dem kleinen Alsfeld gestört fühlen. Aber man wird der Messung nicht aus dem Wege gehen", sagte Riese. Er brachte ein kürzlich zugelassenes Messgerät ins Spiel, um privat weitere Ergebnisse zu erheben. Damit brachte er eine Guerillataktik ins Spiel: Wenn sich Dinge zunächst nicht amtlich bestätigen ließen, könnten private Initiativen ein amtliches Handeln anstoßen, gab der ALA-Fraktionsvorsitzende sinngemäß zu bedenken. Weil letztlich bei nicht eingehaltenen Grenzwerten die Kommune die Aufgabe habe, die Schadstoffe zu senken, plädierte er dafür, "rechtzeitig mit allen möglichen Leuten zu sprechen", die zu dem Thema Auskunft geben könnten.

Der Vorsitzende des Bauausschusses Dieter Welker (UWA) und Bürgermeister Stephan Paule drängten schließlich auf eine gemeinsame Lösung: "Im Kern stimmen Sie ja überein, aber die Ansichten zur Verkehrspolitik fallen auseinander", merkte Paule an, der zuvor festgestellt hatte, dass die Stadt das Ministerium als übergeordnete Behörde gar nicht beauftragen könne. Und Welker brachte einen interfraktionellen Antrag ins Spiel, der während einer Sitzungsunterbrechung ausgearbeitet wurde. Einstimmig empfahlen die

Ausschussmitglieder schließlich, der Magistrat möge das HLNUG ersuchen, die Stickoxid und Feinstaubbelastung in Alsfeld langfristig zu messen und das Ergebnis den Bürgern zu präsentieren. Um über geeignete Maßnahmen zur Entlastung zu beraten, soll der Bauausschuss dann Experten aus dem Umwelt- und dem Verkehrsministerium zu einer Sitzung einladen. Die festgestellten Daten sollen sich im Generalverkehrsplan wiederfinden.

Ein erstes Mal Fahrt aufgenommen, hätte die Debatte um Stickoxide beinahe bereits im Haupt- und Finanzausschuss, als es darum ging, die Stadtbuslinie auf weitere zwei Jahre neu auszuschreiben. Paule hatte hierzu erläutert, dass die ökonomischste Variante wohl wieder in einem Bus mit konventionellem Antrieb liege, woraufhin Riese diverse Pilotprojekte aus Frankfurt, Berlin und der Schweiz ins Feld führte. "Wieso kann ein innovativer Bürgermeister einer Kleinstadt nicht auch solch ein Pilotprojekt an Land ziehen?", fragte der ALA-Fraktionsvorsitzende. Letztlich stimmte er als einziger dagegen, die erneute Ausschreibung zu empfehlen.

Laut Beschlussvorlage wurde der Stadtbus bei 15 555 Fahrten insgesamt genutzt. Die je mit einem Euro bezahlten Fahrten schlugen mit 11 493 Fahrgästen beziehungsweise Euro zu Buche. Kostenfrei waren die 2990 Fahrten von Schwerbehinderten sowie 392 Fahrten von deren Begleitern und 680 Fahrten von Kindern unter sechs Jahren. Bei Gesamtkosten von rund 98 000 Euro und Sponsoringeinnahmen in Höhe von circa 8600 Euro entstand ein Zuschussbedarf von etwa 78 000 Euro (5 Euro pro Fahrt)